



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 21. Dezember 1884.

Nr. 598.

Deutschland.

Berlin, 20. Dezember. Die „Köln. Zig.“ schreibt:
Die von den Ultramontanen und Deutschfreisinnigen so gewissenhaft getarnten 20,000 Mark tragen ihnen von Seiten des Volkes keinen Dank, und wenn jemals die Presse auch der deutschfreisinnigen Partei aus dem Herzen des Volkes gegen die niedrige Handlungsweise der „Erwählten“ sprach, als sie ihre Enttäuschung über die Verweigerung der Direktorstelle im auswärtigen Amte kundgab, so war es bei dieser Gelegenheit der Fall. Allenfalls, in Stadt und Land, in Nord und Süd, giebt sich, und nicht zum wenigsten gerade in den Wahlkreisen, welche förmlich überhört sind, in dem Reichstags Beschlusse liegende Unwürdigkeit und Undankbarkeit gegen den Reichskanzler hervorgerufen hat. In allen Körperschaften und Vereinen hat man Adressen beschossen, welche dieser Stimmung des Landes Ausdruck geben, und zahlreiche Kundgebungen sind bereits an den Reichskanzler gelangt. Ihm gehen auch die von allen Seiten an patriotische Abgeordnete und Zeitungen eingehenden Kundgebungen in demselben Sinne. Insbesondere wird die „Kölnische Zeitung“ mit solchen Kundgebungen förmlich überschüttet; die ersten derselben waren solche von Deutschen im Auslande, aus Frankreich, England und Belgien. Dem Verlangen, das fast in allen Kundgebungen wird, die Bitte der namentlichen Abstimmlung veröffentlicht zu sehen, wird entsprochen werden, sobald die amtliche Liste vorliegt. Fast alle dieser Zuschriften verlangen, daß aus dem Volke heraus die 20,000 Mark aufgebracht und dem Kanzler jährlich, bis der Reichstag sich eines Besseren besonnen hätte, zur Verfügung gestellt werden sollen; einigen waren bereits Geldbeiträge angefügt. Wir sehen von diesen Sammlungen ab, da wir nicht wissen, ob der Reichskanzler sie überhaupt annehmen würde, und überzeugt sind, daß, wenn er sie annähme, er sie zu wohlthätigem Zweck verwenden würde. Des Geldes für einen Direktor wird er ohnehin sicher sein können. Wohl aber finden wir den Gedanken billigerwerth, der auch meistens hervortritt, daß die Gabe, die man dem Fürsten Bismarck, wenn er darauf angewiesen wäre, darbringen würde, um seine Gesundheit zu schonen, zu einem milden Zweck verwenden werde, sei es daß man der Sammelstelle, sei es, daß man dem Reichskanzler selber die Verwendung überläßt. So könnte der Reichskanzler manchen armen Leuten zu Wohlthaten eine Freude machen, und die Ultramontanen, reinen Demokraten und Sozialdemokraten hätten wenigstens etwas Gutes, ohne es zu wollen, gestiftet, als sie dem deutschen Volke zumutheten, es werde dulden, daß wegen 20,000 Mark der Fürst Bismarck seine Gesundheit völlig ruinire. Diese 20,000 Mark Prämie auf die Aufreißung des Reichskanzlers fallen auf die Haupter der kirchlich-katholischen Reichstags-Mehrheit zurück, mit der das deutsche Volk nichts gemein haben will. Im oben erwähnten Sinne will auch die „Kölnische Zeitung“ die ihr zugewandten und noch zugehenden Gaben annehmen und verwenden. Sie sollen lediglich dem Reichskanzler zeigen, wie tief doch in den Herzen des deutschen Volkes die Liebe und Dankbarkeit gegen ihn eingegraben ist, und so mag es denn geschehen, daß der Reichskanzler diesmal einen Theil der Wohlthatigkeitsgaben des deutschen Volkes zu vertheilen haben wird.

Auch das ärztliche Personal der Marine soll eine Vermehrung erfahren. Nach dem neuen Etat verlangt die Admiralität die Mittel für 1 Generalarzt, 8 Oberstabsärzte, 25 Stabsärzte und 42 Assistenzärzte; acht neue Stellen werden gefordert für 1 Oberstabsarzt, 3 Stabsärzte und 4 Assistenzärzte. Der Zugang von Arztstellen findet in dem zunehmenden Umfange der Indiensthaltung von Schiffen seine Begründung. Wenn keine Vermehrung des Personals der Marineärzte stattfände, so würde die Wahrnehmung des ärztlichen Dienstes am Lande bereits für den kommenden Sommer als gefährdet bezeichnet werden müssen. Die Mehrforderung wies auf 7 Stellen gerichtet, weil sich durchschnittlich 7 Unterärzte, für welche Assistenzarztstellen offen gehalten werden müssen, in Berlin zum Dienste in die Charité und zur Ablegung der Staatsprüfung kommandirt befinden. Durch die beantragte Stellenvermehrung wird also im Wesentlichen nur erreicht werden, daß diejenige Zahl von Ärzten, für welche der Etat zur Zeit Stellen vorsieht, auch wirklich für den ärztlichen Dienst in der Marine verfügbar gemacht werden kann. Von den geforderten 7 Stellen sind 3

Stellen für Stabsärzte im Hinblick darauf vorgesehen worden, daß die Anwartschaftsverhältnisse für die Ärzte der Marine gegenüber denen beim Reichsheere bereits wesentlich ungünstiger geworden sind, als dieselben früher waren. Schon in nächster Zeit sieht in Aussicht, daß in der Armee jüngere Assistenzärzte zu Stabsärzten befördert werden, ohne daß sich den älteren Assistenzärzten der Marine Aussicht auf Beförderung bieten würde. Es muß darauf Bedacht genommen werden, daß die Anwartschaftsverhältnisse für Ärzte in der Marine günstiger bleiben, als die in der Armee, um zu verhindern, daß der Uebertritt von Ärzten der Armee zur Marine abnimmt bzw. der Rücktritt von der Marine zum Armee eintritt. Aufser ihrer Beförderung erhalten die bei der Marine angestellten oder kommandirten Ärzte, abgesehen von den bis Ende 1867 verdienten Gehältern, für jedes seit dem Jahre 1868 vollendete Dienstjahr eine vom Beginn des folgenden Etatsjahres ab zahlbare Zulage von 90 M. sowie für jede vom 1. Januar 1873 ab zurückgelegte zwölftmonatliche Dienstzeit auf in Dienst gestellten oder zu marinedienstlichen Zwecken benutzten Schiffen, eine vom Beginn des folgenden Etatsjahres ab zahlbare Zulage von jährlich 210 Mark. Die auf stationärem Dienst zurückgelegte Dienstzeit rechnet hierbei nur zur Hälfte. Diese Zulagen werden bei der Pensionirung in der Marine als pensionsberechtigendes Einkommen mit in Betracht gezogen. Das Anwachsen der Zulage hört auf, sobald deren Gesamtbetrag die Höhe von 1800 M. erreicht hat, sowie mit der Ernennung zum Generalarzt der Marine. Die erworbenen Zulagen, ebenso wie die damit erzielte höhere Pensionsberechtigung gehen verloren, wenn der betreffende Arzt vor vollendetem zwölftem Dienstjahre in der Marine zur Armee oder in ein Zivilamt übertritt; durch eine mindestens zwölftmonatige Dienstzeit in der Marine wird ein Anrecht auf Fortzahlung der Zulagen bzw. auf deren Anrechnung bei der Pensionirung erworben.

Der „Monteur de Rome“ stellt in einem Artikel die Behauptung auf, die deutsche Regierung habe das katholische Volk „einschlafen“, „chloroformiren“ wollen, um das Zentrum auf diese Weise zu sprengen. „Man hat“, sagt das Blatt, „die Besetzung aufrecht erhalten, aber sie nicht mehr mit derselben Härte zur Ausführung gebracht. Gleichzeitig suchte man zu den Bischöfen in direkte Verbindung zu treten, um Verhandlungen mit ihnen anzuknüpfen. In der That, man hat sich bemüht, die Frage der Erhebung des Klerus in autonomer Weise mit dem Bischof von Friburg zu regeln.“ Hierauf weist der Ausspruch des Reichskanzlers von „einem Konkordat mit den inländischen Katholiken“ hin.

Interessant ist die Thatsache, daß das in Stuttgart erscheinende „Volksblatt“ ganz dieselben Gedanken wie der „Monteur“ ausspricht, wobei es sich sogar einiger Ausdrücke des römischen Organs bedient:
Berlin, 6. Dezember. Die Parole Bismarck's: „Wir werden um kein Haar breit nachgeben, wenn Rom nicht vorher thut, was wir wollen“, beruht zweifellos auf der an leitender Stelle herrschenden Ueberzeugung: Die Regierung kann warten, sie kann's im Kulturkampf aushalten, bis Rom mürbe ist oder von den Katholiken Deutschlands zum Abschlusse jedweden Friedens gedrängt wird. In der That scheint falls Rücktritt gethan hat, daraus berechnet, die Regierung zum Abwarten, zum Längerhalten in Stand zu setzen. Die Ernennung neuer Bischöfe, die Rückberufung zweier anderen, die Wiederherstellung einiger Diözesanverwaltungen, die Freigebung der Hülfsseelsorge und andere „Erleichterungen“: sie dienen in erster Linie dem Abwarten des Staates. Man erwartete die Einschlüferung des katholischen Volkes, namentlich der Wähler, und darauf gründete sich die Hoffnung auf den Niedergang des Zentrums und den Aufschwung der Mittelpartei, die ihrerseits die Stütze zur Erreichung des nie aufgegebenen Zieles des Kulturkampfes abgeben sollte. Dieser geplanten Einschlüferung des katholischen Volkes ist seit Jahren vorgeordnet worden. Die zeitweilige Nichtanwendung des Ausweisungsgesetzes, die geringere Zahl gerichtlicher Verfolgungen katholischer Priester, die Gestattung von Niederlassungen barmherziger Schwestern und viele andere Dinge schienen zur Förderung des Einschlüferungsprojektes geeignet. Daneben wurde auch die staatliche Macht und die Fortschritt der Gesetzgebung, sowie die Gewalt der distinktionären Vollmachten in sporadischen Ausweisungen,

ferner durch neue Prozesse und Verurtheilungen, durch Erneuerung von Todesurtheilen gegen Priester, durch Verweigerung von „Dispensen“, namentlich aber durch die fortwährende Schließung der Diözesan-Seminarien vor Aller Augen bekundet. Bewirken die „Milderungen“ die Einschlüferung des katholischen Volkes, so sollten die fortwährenden Strafen und Nachtheile in Rom einschüchternd wirken. Hand in Hand mit diesen beiden Strömungen ging der Versuch, den Episkopat in selbständige Verhandlungen mit der Regierung hineinzuziehen. Thatsächlich hat man mit einem Bischofe die wichtige Frage der Erziehung des Klerus auf neuer Basis zu regeln gesucht. Die Erklärung des Fürsten Bismarck, ein Konkordat mit einer „inländischen Betretung“ sei vielleicht erwünscht, dürfte sich auf diesen Versuch beziehen. Daß diese dreifache seit falls Rücktritt befohlene Strategie wenigstens zum Theile gelungen sei — das dürfte wohl Niemand behaupten. Die Einschlüferungsmittel haben bei dem wichtigen katholischen Volke ihre Wirkung vollständig verfehlt. Der Beweis dafür haben die Wähler doch so deutlich erbracht, daß er mit Händen zu greifen ist. Auch Rom gegenüber haben alle Mittel die Zugkraft verfehlt. Weder haben die diplomatischen Künste des Papstes für den Posten ausgesuchten Diplomaten über die sprichwörtliche Klugheit des heiligen Stuhles den Sieg davon getragen, noch auch hat ein zweimaliger Abbruch der Verhandlungen die Festigkeit des Papstes für die Posten ausgedient. Der Papst hat bei den fast sechsjährigen Unterhandlungen den Mangel eines festen kirchenpolitischen Programms auf Seiten der Regierung hinreichend zu würdigen Gelegenheit gehabt. Der Vatikan hat Grundzüge, und daher rührt seine Konsequenz, die über ein System von Halbbitten und inneren Widersprüchen stehen muß und wird. Daß auch die versuchte Einwirkung auf „inländische“ Bischöfe erfolglos gewesen ist, dafür dürfte die Fuldener Bischofskonferenz den Beweis erbracht haben. Trotzdem also alle Mittel bei allen drei Faktoren, für die sie berechnet waren, absolut nicht gewirkt haben, will die Regierung abwarten, bis Rom sich meldet und sich zu Allem bereit findet, was Fürst Bismarck verlangt? Worauf stützt sich aber diese Strategie? Auf die Hoffnung, den „Katholischen Thron“ des Zentrums zu stürzen, sicher nicht; aber zweifellos glaubt man, das Zentrum so hohl zu können, daß man es gar nicht mehr als Faktor in Rechnung zu ziehen braucht. Das kann nur geschehen, indem man die weniger fest im Sattel sitzende freisinnige Fraktion vernichtet. Darum dürfte man Alles eifrig registriren und sammeln, was dieser Fraktion ihre Wähler zu entfremden genügt erscheint. Das ist der Rathgeber, an den sich jetzt die Distriktskammern. Diese ihre Mandate dürfen nicht aus den Augen gelassen werden.

Auch Italien rüht sich nach Kolonien. Sein Begehren schweift nach der nordost-afrikanischen Küste. Ein Privat-Telegramm aus Rom meldet dem „B. Z.“:
„Der Kriegsdampfer „Messaggero“ passirte am Sonntag Port Said. Wie die „Riforma“ meldet, nahmen angeblich „Messaggero“ und „Castelfidardo“ Besitz von einer neuen italienischen Kolonie, deren Name noch geheim blieb, aber nicht identisch ist mit Jubla.“

Es verlautet mittlerweile von verschiedenen Seiten, daß das englische Kabinett sich bereit erklärt habe, die italienische Kolonialpolitik im Mittelmeer und Rothen Meer unter „gewissen Bedingungen“ und bis zu einer gewissen Grenze“ zu unterstützen. Einem Privatbriefe aus London entnehmen wir über diese Angelegenheit:
Gelegentlich der italienischen Kundgebungen über die eventuelle Besitznahme Jublas am Rothen Meer kann ich versichern, daß England seiner Zeit die Besitznahme Assabs seitens Italiens nur unter der Bedingung genehmigte, daß Italien daselbst keine Befestigungen anlege noch Garison halte. . . daß mit Italien Italien dort keine eigentliche Souveränität ausübt. . . Da bezüglich Jublas ähnliche geheime Abmachungen mit England stattfanden, entzieht sich noch der Besprechung. . .

In der Nacht des 29. Juli überfiel bekanntlich bei der Doggerbank in der Nordsee eine Anzahl mit Todtschlägern, Messern und Dolchen bewaffneter Engländer, von den drei englischen Rutilern J. H. 653, J. H. 747, L. D. 270, und einem viersten Rutiler, dessen Name nicht erkennbar war, den deutschen Rutiler „Diedrich“, Kapit. Barckmann, von Ostseeufer, mit Proviant und sonstigen Gegenständen beladen, die für die deutsche Fischerflotte in der

Nordsee bestimmt war. Die Engländer drangen mit Gewalt und unter heftigen Drohungen in den Laderaum des „Diedrich“ ein und beluden mit den dort vorhandenen Waaren, nicht allein Lebensmitteln, sondern auch Kleidungsstücken, Zigarren, Tabak, Getränken u. s. w. ihre Boote. Es war eine regelrechte Plünderung, denn auch einen Barometer, eine gedrehte Uhr, Messer, Gabeln, Pfeffer und sonstiges Geschirre schleppten die Piraten in ihren Booten zu ihren vier Rutilern hinüber, die mit ihrer Beute das Weite suchten. Die Mannschaft des deutschen Rutilers war zu schwach, um erfolgreich Widerstand leisten zu können. Die deutsche Regierung wurde wegen dieses Raub-anfalles vorläufig in London und drang sehr ernst darauf, die Schuldigen zu verfolgen und zur gebührenden Strafe zu bringen. Englischseits wurde endlich der Polizeinspektor Hagen beauftragt, das nöthige Material zu sammeln, um die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen und auf Grund seines Berichtes vorläufig das Schahamt in London die Einleitung eines Kriminalprozesses gegen drei Yarmouther Schmiedmeister Namens William Robert Kay, William Preston und Alfred Chaff wegen Seraberei und Diebstahls. Kay wurde am Mittwoch dem Polizeichter in Great Yarmouth vorgeführt und nach kurzem Verhör bis nächsten Dienstag zurückgestellt. Inzwischen soll die Verhaftung der übrigen zwei Angeklagten vorgenommen werden, und wurde ein Kanonenboot nach Harwich geschickt, um einen derselben, der in der englischen Flotte dient, nach Great Yarmouth zu bringen.

Ueber die Angra Pequena-Verhandlungen bringt die „Times“ ein Telegramm aus Berlin, worin gesagt wird, man wisse in hiesigen englischen Kreisen, daß das deutsche „Weißbuch“ über Angra Pequena nicht vollständig sei; mannigfache Auslassungen veränderten die wirkliche Physiognomie der betreffenden diplomatischen Korrespondenz. Eine besonders erwähnenswerthe Auslassung sei die eines Memorandums, das der englische Geschäftsträger dem deutschen auswärtigen Amte im November überreicht habe. Ein demnach zu veröffentlichen englisches Weißbuch werde die fehlenden Depeschen mittheilen.

Das wird ja sehr interessant sein. Einzuweisen ist darauf hinzuweisen, daß noch Niemand behauptet hat, daß deutsche Weißbücher gebe die geringste heilige Korrespondenz wieder; das ist ziemlich Seltsames, am wenigsten in englischen Weißbüchern. Wäre es die einmal deutschseits geschehen, so würde der Eindruck für die englische Diplomatie möglicherweise ein noch ungünstiger sein. Zum Ueberflus sind viele der abgedruckten Schriftstücke ausdrücklich als „Auszug“ oder „Inhaltangabe“ bezeichnet. Den Inhalt des von dem englischen Geschäftsträger im November hier überreichten Memorandums kann man sich leicht nach Sähen der Note desselben vom 22. September vorstellen, worin Deutschland endlich als Nachbar in Südwestafrika begrüßt und hinzugefügt wurde:
„Was die Klagen über die Haltung der Regierung Ihrer Majestät und der Kapkolonie anlangt, ihre Handlungen und Beweggründe, so würde Ihrer Majestät Regierung eine wohlwollende Kontroverse darüber gern vermeiden. Da aber jene Klagen, wenn nicht ganz und gar, so in der Hauptsache aus einem Mißverständnis beruhen, außerdem auf einem begrifflichen Mangel an Bekanntheit mit dem dunkleren Detail der britischen Kolonial-Verwaltung und Geschichte, so beabsichtigt Lord Granville, mich mit einem zur Mittheilung an die kaiserliche Regierung bestimmten Memorandum zu versehen, welches eine genaue Aufklärung über Alles geben soll, was die Regierung Ihrer Majestät in dieser Angelegenheit gethan und in welcher Absicht. Lord Granville hofft, daß eine Bekämpfung dieser Aufklärungen alle Mißverständnisse beseitigen und daß alsdann Deutschland bereit sein werde, in freundschaftlichem Einvernehmen mit den Regierungen Ihrer Majestät und der Kapkolonie die Beziehungen in Südwestafrika so auszugestalten, wie es für die glückliche Entwicklung und die Sicherheit aller daselbst interessirten thätigen Mächte erforderlich ist.“

Wir sehen der Aufklärung über das „dunklere Detail der britischen Kolonial-Verwaltung und Geschichte“ mit Interesse entgegen.
* Offen, 18. Dezember. In der am verfloffenen Sonntag stattgehabten Vorstandssitzung des Rheinisch-Westfälischen Kommunal-Beamten-Vereins wurde unter anderem auch beschlossen, der Generalversammlung die Erleichterung einer Privat-Beauftragung in der Klasse der vom Reichstag in der

Städt.

